

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

143 (28.6.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Krüger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 85 Pf., vierteljährlich 2.55. Briefträger ins Haus gebracht, 86 Pf., vierteljährlich 2.58. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pf., Kleinanzeigen 60 Pf., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wöhl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>

Die Ablehnung der Erbschaftssteuer.

Die Blätter richten sich heute auf das Reichskanzlerpalais; alle Welt fragt: was tut der Reichskanzler? Er aber schweigt und läßt durch seine Offiziere sagen: „Es würde den Tatsachen nicht entsprechen, wollte man in Abrede stellen, daß das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen im Reichstage einen tiefen Eindruck auf den Reichskanzler gemacht hat, und es wäre ebenso falsch, leugnen zu wollen, daß dieser Tag ohne Bedeutung bleiben könnte für die persönlichen Entschlüsse des Fürsten v. Bülow. Man muß sich aber andererseits hüten, zu glauben, daß der Reichskanzler aus dem gestrigen Tag allein bereits Konsequenzen ziehen werde. Dem steht die einfache Tatsache gegenüber, daß die Finanzreform ja doch nicht aus der Erbfallsteuer allein besteht. Diese bildet, wie man nicht vergessen darf, nur einen Teil des großen Ganzen, allerdings einen Teil, für dessen Zustandekommen der Fürst, wie aller Welt bekannt ist, auf das wärmste eingetreten ist. Es bleiben noch eine ganze Reihe von Steuerprojekten übrig, an deren weiterer Behandlung er auf das lebhafteste interessiert ist. Hat er doch kein Gefühl daraufer gemacht, daß er manche dieser Projekte schädlich für Handel, Gewerbe und Industrie erachte, und er hat sie dementsprechend bekämpft. Der Kanzler würde es deshalb von seinem Standpunkt aus im Interesse des Reichs gar nicht verantworten können, wenn er vor dem Abschluß der Reichsfinanzreform irgendwelche Konsequenzen ziehen wollte. Er wird diese Konsequenzen ziehen, — aber erst nach Abschluß der Verhandlungen — und dann wird für die Entschlüsse des Kanzlers maßgebend sein einmal, ob die Finanzreform überhaupt zustande gekommen ist, und weiter, wie sie zustande gekommen ist. Was der Fürst dann zu tun gedenkt, kann man leicht den Ausführungen entnehmen, die er dem Reichstag in seiner jüngsten Rede gemacht hat.“ Nach diesem Orakel ist man mindestens so unklar wie zuvor, so daß man schon die Parolepreisfrage etwas mehr um Rat fragen muß. Was als halbhoherbärtig anzusehen ist, meint: „Nicht nur die unmittelbare im parlamentarischen Feuer stehenden Politiker, sondern auch alle diejenigen, die mit leidenschaftlicher Teilnahme das Auf und Ab dieses Kampfes verfolgen, stehen unter dem Eindruck, daß jetzt irgend eine entscheidende Tat geschehen und die schier unerträglich gewordene Spannung der Gemüter lösen müsse. Wird Fürst Bülow seine Andeutungen wahr machen und dem Kaiser seine Entlassung anbieten? Oder wird er den Reichstag auflösen, um das Volk selbst, zu dessen Nutzen ja die ganze Finanzreform gemacht werden soll, zur Entscheidung aufzurufen? Eine dritte Möglichkeit, aus dem auf die Spitze getriebenen Konflikt herauszukommen, scheint es nicht zu geben.“ Um diese drei Möglichkeiten dreht sich allerdings der ganze Pressekampf; redt hofft man auf eine Verständigung, links ruft man nach der Reichstagsauflösung und einige wenige sprechen davon, daß der Reichstag verlagert werden soll, und daß im Herbst eine neue Vorlage gemacht werden würde; das letztere muß schon mit Rücksicht auf die beteiligten Industrien ausgeschlossen sein; denn diese fordert gewissermaßen eine sofortige Entscheidung.

Die konservative Presse sieht die Abstimmung vom Donnerstag als eine Eroberung des Weges an, um nun die Reform schnell machen zu können. „Langwierige Verhandlungen und Beratungen sind nun nicht mehr notwendig, die schnelle Lösung der Aufgabe, die den Reichstag und die Parteien schon so lange beschäftigt, ist da, wenn die in Betracht kommenden Faktoren es wollen.“ Sie weist ferner darauf hin, daß gerade das Eintreten der Sozialdemokratie für die Erbfallsteuer doch auch die verbündeten Regierungen davon überzeugen müssen, welcher Gefahr sie durch diesen „Mißerfolg“ entgangen seien. Wenn die Sozialdemokraten hätten doch ganz gewiß nicht aus Liebe zum Vaterlande und in der Absicht ihre Stimmen abgegeben, die Finanzreform zu fördern, sondern in erster Linie in der Hoffnung, durch eine Durchschiebung der Erbfallsteuer das drohende Zustandekommen der Reform hinauszuschieben und von neuem hemmende Verwirrung in das bürgerliche Lager zu bringen! Die verbündeten Regierungen wissen ganz gut, wie sehr die Frage der Deszendenzbesteuerung die Einigung erschwert und die Gegensätze verschärft habe. Sie hätten, nachdem sie sich, mehr als es zweckmäßig war, an diese Steuer angeklammert hatten, die letzte entscheidende Probe gemacht; und sie hätten sich nun überzeugt, daß für die Erbfallsteuer im Reichstage, wie wir es immer behauptet haben, eine Mehrheit nicht zu schaffen sei. Vor allem dürfte der leitende Staatsmann, nachdem er ohne den erhofften Erfolg für die Erbfallsteuer getan habe, was nach Lage der Dinge in seinen Kräften stand, über den einzigen Weg jetzt nicht mehr im Zweifel sein, der noch zum guten Ende führen könne. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das Vertrauen zu dem realpolitischen Sinn und dem klaren Blick des Fürsten Bülow, daß er nicht darüber im Zweifel sein werde, was nunmehr die

schärfste Notwendigkeit wie die patriotische Pflicht erfordert; und der Reichskanzler sei auch sicher viel zu klug, um nicht zu sehen, daß das Zustandekommen der Reichsfinanzreform auch ohne Erbfallsteuer den größten Erfolg auf dem vorliegenden Felde unserer Reichspolitik bedeuten würde, der bisher einem deutschen Staatsmanne beschieden war! Zieht Fürst Bülow mit patriotischer Entschlossenheit aus der klaren Sachlage die gegebenen Folgerungen, dann werde er seine erfolgreiche Laufbahn mit einem Werke krönen, das die Macht und Sicherheit des Reiches mehrt und dem Kanzler den Dank der Nation sichern werde.

Ganz anders sieht man bei den Mittelparteien; die „Tägliche Rundschau“ ist so aufgeregt, daß ihre Redakteure bald eine Kaltwasserbelebungsaktion ausführen müssen; sie sieht in allen Ecken und Erden nur das Zentrum, glaubt aber doch an eine Reichstagsauflösung nicht, vielmehr werde der Reichskanzler sein Entlassungsgehalt erneuern. Wenn die Konventionen nicht das unselige Bündnis mit dem Zentrum gelöst hätten, und wenn der Reichstag die große Aufgabe, die ihm gestellt war, zu lösen vermocht hätte, hätten die nächsten Wahlen die Sozialdemokratie völlig zu Boden geworfen und das Zentrum wäre durch die fünf Jahre Machtabstimmung so ergötzt worden, daß sich mit ihm wieder hätte arbeiten lassen. So ist durch die unbegreifliche Taktik des Herrn Seydewitz und des Bundes der Landwirte, die einzige und letzte Möglichkeit einer reinlichen nationalen Politik, bei der der Staat nicht auf den Standpunkt eines Ausverkaufsgeschäftes für die kirchliche Schanderei der ultramontanen Reaktion herabgedrückt wird, vernichtet und der Sozialdemokratie wieder die Ausichten auf Wahlsiege verschafft worden. Das Vaterland erleidet unabwehrbaren, nicht mehr gut zu machenden Schaden; aber die Partei hat eine Steuer, die sie nach eigenem Geständnis ihrer Parteiführer in den nächsten Jahren doch annehmen muß, zu Fall gebracht. Eine weise Politik dreier Jahre ist um ihren Erfolg beschoren; aber die Tat, die das ist, ist geteilt!

In der linksliberalen Presse ist nur ein Ruf nach dem Reichskanzler, nach der Hilfe der Regierung. „Vielleicht holt er das Verfallende am Freitag nach“, meint die „Fr. Stg.“, „vielleicht ergreift er, wenn eine Auflösung jetzt noch nicht in Aussicht genommen ist, irgend eine andere Maßnahme. Aber geschehen muß etwas vonseiten der Regierung, das unterliegt keinem Zweifel. Mit dem größten Nachdruck und in überaus feierlichen Erklärungen hat der Reichskanzler selbst, haben der Reichssekretär und zahlreiche Minister der Einzelstaaten die Erbfallsteuer für einen notwendigen und integrierenden Bestandteil der Reichsfinanzreform bezeichnet. Es ist unmöglich, daß sie sich jetzt vor den parlamentarischen Willen des neuen Volkes zurückziehen und die Ablehnung ruhig hinnehmen, zumal, wenn man in Betracht zieht, daß anstatt der Erbfallsteuer die für unannehmbar erklärte Kotierungssteuer angenommen worden ist. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat am allermeisten Grund, zu dem Affront, den ihm der liberalkonservative Block angetan hat, Stellung zu nehmen. Er ist nicht nur sachlich, sondern auch persönlich bei dieser Angelegenheit engagiert, und ein Zurückweichen kann für ihn nicht in Frage kommen, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Er wird nicht anders können, als die Konsequenzen aus seiner bisherigen Haltung zu ziehen. Allerdings scheint die Regierung im entscheidenden Moment von einer gewissen Rücksicht besessen worden zu sein, wahrscheinlich, weil sie gar nicht an eine Ablehnung der Erbfallsteuer in zweiter Lesung dachte.“

Die sozialdemokratische Presse haut in dieselbe Kerbe und schießt: „So bedeutet die heutige Abstimmung noch keine Entscheidung, aber sie beschleunigt die künftige. Sie ruft zum Kampfe. Die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien sind größer als je, größer als je auch ihr Gegensatz zur Regierung. Die Verwirrung ist auf dem Gipfel. Die Regierung, die ausgoß, alle Parteien gegen die Sozialdemokratie, das Bürgertum gegen die Arbeiterklasse zu vereinen, ist heute jämmerlich an die Wand gedrückt worden. Stillschweigen ist zwischen den bürgerlichen Parteien, unfähig zu einem ersten Entschluß, zu sein, den Kampf aufzunehmen, der doch unausweichlich wird, den Kampf gegen die Aufrechterhaltung ökonomischer, längst überlebter Junkerherrschaft.“ Also tatsächlich Verwirrung im Lager der Gegner. Die Minderheit gerödelte schon am Donnerstag, stimmte unter sich nicht geschlossen und -geriet.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni 1909.
Katholische Graderverpachtung. In der Nr. 70 vom 17. Juni d. J. des „Wirtschaftlichen Monatsblattes“ findet sich folgendes Interat:
Graderverpachtung! Dienstag, den 22. Juni d. J., nachmittags 2 Uhr, werden die gemeinschaftlichen Weiden von

Giechhagen meistbietend gegen Barzahlung im Gasthause verpachtet werden. An Katholische darf nicht verpachtet werden. Der Gemeindevorsteher.

Dasselbe Preisblatt bringt in Nr. 71 vom 19. Juni nachstehende Anzeige:

Graderverpachtung! Dienstag, den 22. Juni d. J., nachmittags 2 Uhr, werden die gemeinschaftlichen Weiden von Giechhagen meistbietend gegen Barzahlung im Gasthause verpachtet werden. An Polen darf nicht verpachtet werden. Der Gemeindevorsteher.

Das sind Beiträge zur Dinarfenceise unserer badischen Dinarfenceise.

Abg. Büsing und die Kotierungssteuer.
Auf die Behauptung des Abg. Müller-Fulda, daß sich der frühere nationalliberale Reichstagsabg. Büsing in den 80er Jahren für die Kotierungssteuer ausgesprochen habe, hat die nationalliberale Presse sich von Herrn Büsing telegraphieren lassen, daß sei „unmöglich“; er halte die Kotierungssteuer für „ganz unannehmbar“. Demgegenüber stellt jetzt der Abg. Müller-Fulda auf Grund des amtlichen stenographischen Reichstagsberichts vom 18. Januar 1888 fest, daß der Abg. Geh. Finanzrat Büsing damals wörtlich erklärt hat: „Man könnte etwa in Aussicht nehmen — im wenigstens von meiner Seite etwas Positives anzuführen — eine sehr wesentliche Erhöhung des Eintrittsgeldes an der Börse, welche auch eine Vergrößerung der Mäße an der Börse selbst, auf die dort sehr viel Wert gelegt wird. Man könnte in Aussicht nehmen eine Kotierungssteuer, also eine nicht unbedeutende Abgabe dafür, daß ein Papier zur amtlichen Notiz im Kurszettel zugelassen wird, wie dies in Paris der Fall ist. Man könnte auch den jährlichen Umsatz der an der Börse handelnden Firmen vielleicht durch ein Clearinghouse oder wie hier in Berlin durch den Kassenschein ermitteln und auf diesen gesamten Jahresumsatz der einzelnen Firmen möglicherweise eine geringe Steuer legen.“ Tatsächlich hat also der nationalliberale Abgeordnete Büsing, der doch gewiß ein Fachmann auf dem Gebiete der Wankpolitik ist, damals im Deutschen Reichstage als erster die Kotierungssteuer in Anregung gebracht; später ist ihm der nationalliberale Minister v. Mielen darin gefolgt, der doch auch etwas von Finanzangelegenheiten verstanden haben soll.

Ueber den Stand des Arbeiterlohnes im Jahre 1908 bemerkt der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Richard Calver in der „Wirtschaftlichen Rundschau“ der Korrespondenz der Generalcommission der freien Gewerkschaften (Nr. 25) auf Grund der Berichte der Berufsgenossenschaften u. a.:

Ein abweichendes Urteil ist heute, wo erst wenige Berichte vorliegen, noch nicht möglich. Aus den bisherigen Berichten aber, die das Meiste, das Papier-, das Brauereis-, das Transport- und endlich das sabbendische Eisenwerk betreffen, ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit fast durchweg abgenommen hat, während bemerkenswerterweise die Lohnsätze nicht nur keine Minderungen, sondern im Gesamtdurchschnitt noch eine Erhöhung erfahren haben. Dieser Umstand vermindert nicht, daß alles in allem der Verdienst niedriger war als 1907, aber die Erkenntnis, daß das Lohnniveau sich gehalten hat, ist deswegen nicht weniger beachtenswert. Es soll hier nicht entschieden werden, welche Ursachen die relativ erfreuliche Bewegung der Lohnsätze herbeigeführt haben, aber auf die Ursachen auch die Widerstandskraft unserer Arbeiterorganisationen und weiter auch das Vorhandensein von Tarifverträgen gehören, das dar als sicher angenommen werden. In dem Bericht für das Brauereiwesen wird ausdrücklich auf das Bestehen von Tarifverträgen hingewiesen, die die Erhöhung der Lohnsätze im Jahre 1908 bedingt hätten. Man wird vereist die weiteren Berichte abwarten müssen, bevor man über den Grad, in welchem während der letzten Jahre die gewerkschaftlichen Organisationen sich als schützender Damm gegen die Einwirkungen der Krise erwiesen, ein allgemeines Urteil abgeben kann. Aber das eine kann man schon heute behaupten, daß dieser Erfolg sich diesmal schon in weit höherem Grade bemerkbar macht als in der Krisenperiode 1901 bis 1903.

Diese Konstatierung ist sehr erfreulich. Das ist wieder einmal auch aus sozialdemokratischen Kreisen eine objektive Feststellung von sachlichem Wert. Was man sonst gewöhnlich in der sozialdemokratischen Presse findet, ist tendenziöses Zeug, das auf dem sozialdemokratischen Profanitätsboden für die gläubige Gemeinde zurechtgerichtet worden ist.

Der Fall Heilig hat in letzter Zeit wieder jene Anstalten viel beschäftigt, die er absolut gar nichts angeht, die sich aber immer darein mischen, wenn ein Glied der katholischen Kirche der geistlichen Obrigkeit Bornwürfen macht, und jedesmal nehmen diese unberufenen Instanzen — die liberalen Blätter nämlich — Stellung gegen die Kirchenbehörde. Die Zentrumspresse hat nur notgedrungen und nur zur Abwehr der ungerechten Angriffe auf den Bischof von Nottenburg und das dortige Priesterseminar Stellung zu der Sache genommen. Da nunmehr der Erzabstimmungs Heilig seine übrigen Dummheiten damit krönen zu müssen glaubte, daß er über seinen Fall eine Broschüre in dem bekannten Lehmannschen Los von Bonn-Verlag zu München erscheinen ließ, ist man gezwungen, zu dem Fall näher Stellung zu nehmen. Gerichtet hat sich Heilig zwar schon selbst durch die Abgabe seines Berleags, — aber nicht weniger durch das, was er veröffentlichte und was in seinem Tagebuch steht, das zu seinem Austritt aus dem Priesterseminar führte. Der Regens des Not-

tenburger Priesterseminars Reg., der persönlich von Heilig schwer angegriffen wurde, obwohl er weiter nichts hat, als was ihm sein verantwortungsvolles Amt gebot, bringt im „Süddeutschen“, „Deutsch. Volksbl.“ eine Darstellung des Falles Heilig aufgrund der von Heilig selbst veröffentlichten Tagebuchnotizen, die in Nr. 140, 2. Bl., volle 4 Seiten umfaßt und noch eine Fortsetzung erhalten wird. Seminarregens Reg stellt aufgrund seiner eigenen Notizen und seiner bestimmten Erinnerungen fest, daß Heilig, namentlich da, wo er sich über seine Behandlung beklagt, wiederholt mit der Wahrheit in Konflikt kommt. Aus der Schilderung des ganzen Gergangs und der Lektüre der Tagebuchnotizen Heilig gewinnt man den Eindruck, daß gegen Heilig milde und nachsichtig vorgegangen wurde, obwohl der Mummus, der vor der Priesterweihe stand, in seinem Tagebuch Anlässen entwickelt, die nicht nur mit der kirchlichen Disziplin, sondern auch mit dem Dogma der katholischen Kirche im schroffsten Widerspruch stehen, ja zum Teil sogar einen ganz schlechten Charakter verraten. Aus dem Inhalt der Tagebücher Heilig ist kurz erwähnt, daß er den Bittbat der Geistlichen verweigert. „Die Hierarchie hat mich diesen unannehmlichen Gedanken in die Menschheit hineingetragen und schädigt dadurch mehr als sie nützt, im Glauben, dadurch könnte sie die Welt bekehren, während gerade die Fernhaltung des Priesters von der Erde für sie ein Gegenstand des Vergnügens und Zweifels ist.“ In einem weiteren Artikel vom 9. Februar 1907, überschrieben der „Wichtigste“, schreibt er u. a.: „Für eine herrschsüchtige und alles beherrschende Kirche aber war die Gründung des Reichstages der größte Fortschritt in ihrem Sinn. — Was man zuerst vom Kloster aus kolportierte, was man vereinzelt vorher übte, Sünden zu bekennen, das wurde jetzt für alle obligat. — Auch die Tendenz bestand schon längst, die Weichlichkeit einzuführen. Und für die Tendenz läßt sich schließlich auch die Schrift verewaltigen.“ In diesem direkt kirchenfeindlichen Tone geht es weiter. Heilig wünscht schließlich ein „Wischehengeheh“, wonach die Kinder die Religion oder Mutter erhalten sollen. In Verbindung mit der Mischehenfrage schlägt er vor, die Männerorden ganz auszuwischen, d. h. zu verbieten und die Frauenorden zu tolerieren, „so wird die Mischehe vielfach evangelischen Charakter haben...“ Der Ultramontanismus ist dann in einer gefährlichen Zwangslage. Auf der einen Seite Begünstigung des Bittbats und Klosters, auf der anderen Seite Entziehung von Gehältern und dadurch Beförderung evangelischer Gelehrten.“ An anderer Stelle meint er, ein Katholik, der wegen des katholischen Charakters seiner Mischehe bei der Weichte Absolutionsverweigerung zu befürchten hätte, müßte eben auch den Mut haben, eine derartige Sünde einfach nicht zu begehen. An anderer Stelle tritt er für heimliche Gründung von Pfarrvereinen ein und leistet sich dabei folgende Ungehörlichkeit: „Man lasse sich nicht, wo man für wahre Freiheit eintritt, für Fortschritt und Nationalismus kämpft, durch Berufung auf die hl. Schöpfung und Beteuerungen und Eide einschütern. Bei Notwehr geht der Kampf für ein Ideal vor, da gilt kein Eid mehr für ein veraltetes freiheitswidriges System.“ Das genügt vollkommen zur Charakterisierung dieses Marlyers des „Schwab. Merkurs“ und anderer liberaler Blätter! Man braucht nicht einmal ausdrücklich zu sagen, daß Regens und Bischof ihre Pflicht schwerverletzt hätten, wenn sie Heilig zur Priesterweihe zugelassen hätten.

Lokales.

Karlsruhe, 28. Juni 1909

Aus dem Hofbericht. Am Freitag mittag gegen 1 Uhr erhielten der Großherzog und die Großherzogin den Besuch des Prinzen Waldemar von Preußen, welcher von Straßburg kam. Der Prinz nahm mit der Großherzogin Luise an der Frühstücksstunde im Großherzoglichen Palais teil undehrte nachmittags nach Straßburg zurück.

Der Großherzog hörte abends den Vortrag des Ministers Freiherrn von Marschall.

Am Samstag vormittag, nahm Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Legationsrats Dr. Seub entzogen.

Um 11 Uhr wohnten der Großherzog und die Großherzogin der Redendacher-Feyer in der Technischen Hochschule bei.

Gegen 1 Uhr empfing der Großherzog den Fürstlich Schwarzburgischen Oberhofmarschall und Kammerherrn von Priem, der das Ableben weiland des Fürsten Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen und die Übernahme der dadurch erledigten Regierung seitens des Fürsten Günther zu Schwarzburg anzeigte. Der Abgesandte wurde abends 7/8 Uhr von der Großherzogin empfangen. Anschließend fand zu Ehren desselben ein Diner im Großherzoglichen Palais statt, zu dem verschiedene Einladungen ergangen waren.

Im Laufe des Nachmittags hörte der Großherzog die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Wab und Dr. Mikolat.

II Festgenommen. Ein 46 Jahr alter lediger Möbelpacker aus Bietigheim wurde vorläufig festgenommen, weil er einen fremden Hund an sich lockte und ihn nachher verkaufte.

Gottesdienstordnung.

Peter und Paul.
Dienstag, den 29. Juni 1909.
Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
5 Uhr Frühmesse.
6 Uhr hl. Messe.
7 Uhr hl. Messe.
8 1/2 Uhr Militär-gottesdienst m. Predigt.
9 1/2 Uhr Festgottesdienst mit leviertem Hochamt und Predigt.
11 1/2 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
8 Uhr Vesper.
Kollekte für den Heiligen Vater.
Bernharduskirche.
6 Uhr Frühmesse.
7 Uhr hl. Messe.
8 Uhr Singmesse.
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
11 Uhr Kindergottesdienst.
2 1/2 Uhr Vesper.
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Jungfrauenkongregation.
Freitag 7 Uhr Herz Jesu-Amt, abends 8 1/2 Uhr Mittervein.
St. Vincentiuskapelle.
5.35 Uhr hl. Kommunion.
7 Uhr hl. Messe.
8 Uhr Amt.
Liebfrauenkirche.
6 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Singmesse.
9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Hochamt mit Predigt.
11 Uhr Kindergottesdienst.
2 1/2 Uhr Vesper.
St. Nikolauskirche.
9 Uhr Singmesse.
St. Bonifatiuskirche.
6 Uhr Frühmesse mit Predigt.
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
11 1/2 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
2 1/2 Uhr Vesper.
Kollekte für den Heiligen Vater.
Ludwig Wilhelm-Krankenheim.
8 Uhr hl. Messe.
St. Peter- und Paulskirche.
Vatrosinium.
6 Uhr Beichtgelegenheit.
6 1/2 und 7 1/2 Uhr Austeilung der heiligen Kommunion.
7 1/2 Uhr deutsche Singmesse.
9 1/2 Uhr Festgottesdienst mit Predigt, leviertem Hochamt, Profession und Te Deum.
2 Uhr feierliche Vesper.
Kollekte für den Heiligen Vater.
St. Josefskirche (Stadteil Grünwinkel).
6 Uhr Beichtgelegenheit.
6 u. 7 Uhr Austeilung der hl. Kommunion.
9 Uhr Amt mit Predigt.
2 Uhr Rosenkranzandacht.
Stadtkirche Durlach.
Vatrosinium.
7 Uhr Frühmesse und Austeilung der hl. Kommunion.
9 1/2 Uhr Festpredigt, Hochamt vor ausgelegtem Allerheiligsten mit Te Deum und Segen.
2 Uhr feierliche Vesper.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.
Nr. 10022. Im Verfahren der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Erbhabers **Karl Baunack** in Karlsruhe eingetragene Grundstück am **Dienstag, den 17. August 1909, vormittags 9 Uhr,** durch das Notariat — in den Diensträumen Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden:
Grundbuch Karlsruhe, Band 82, Heft 3, Lfg. Nr. 1692, 2 a 05 vom **Häringstraße 50,** Katastr. hierauf steht:
a) ein zweistöckiges Wohnhaus, b) ein zweistöckiger Seitenturm links, c) ein zweistöckiger Querbau rechts, d) ein Querbau, Stall und Remise, einstückig, amtlich geschätzt zu 34000 M.
Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Juni 1909 in das Grundbuch eingetragen worden.
Die Einträge der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.
Nebst, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerbricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.
Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.
Karlsruhe, den 24. Juni 1909.
Groß. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzchild.

Katholischer Männerverein Constantia.
Mittwoch, 30. Juni 8 1/2 Uhr, Vereinsabend. Der Vorstand.
Patentanwaltsbureau Karlsruhe
C. Kleyer, Kriegstr. 77, Tel. 1303.



Todes-Anzeige.

Samstag Nacht um 1/12 Uhr verschied nach langem Leiden meine liebe gute Schwester,
Margaretha Albert,
versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, in ihrem 64. Lebensjahre.
Meine hochwürdigsten Herren Confratres bitte ich um ein Memento für die Verstorbene und empfehle ihre Seele dem frommen Gebete aller Freunde und Bekannten.
Etilingen, 28. Juni 1909.
Ludwig Albert, Dehn.
Die Beerdigung findet Dienstag (Peter und Paul) nachmittags 3 Uhr statt.

Dieses statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Gatte, unser guter Bruder, Schwager und Onkel,
Joseph Breunig,
Gastwirt,
nach langem Leiden, im Alter von 52 Jahren, sanft entschlafen ist.
Daglanden, 26. Juni 1909.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Montag nachmittags 6 Uhr in Daglanden statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unserer unvergeßlichen Gattin und Mutter,
Marie Sophie Stöhrmann,
geb. Böhm,
sagen wir hiermit unseren aufrichtigsten Dank.
Insbesondere Dank dem hochw. Herrn Kaplan Fosherr für seine trostreichen Krankenbesuche, den ehrw. Niederrömer Schwestern (Zitel) für ihre aufopfernde Pflege, nebst allen, die der lieben Verstorbenen während ihrer Krankheit tröstend und hilfreich zur Seite standen.
Karlsruhe, den 28. Juni 1909.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Martin Stöhrmann und Familie.

Billige Grabsteine zu Ausnahmepreisen.

Ein Lager in schönen, modernen Grabsteinen und Denkmälern in allen Steinarten, wird einzeln dem Verkauf ausgesetzt unter Zusage der vollkommensten Ausführung, prompter Bedienung, sowie billiger Berechnung. Den geehrten Hinterbliebenen ist Gelegenheit geboten, hier billigst ihren Bedarf zu decken.
Hochachtungsvoll
A. Striebel, Steinhanerei,
Karlsruhe-Mühlburg, Glümerstr. 14.

Divan.

Neue hoch. Kamelischendivan mit Kopfbau von 45, 50, 60 Mark an, eleg. Plüschdivan 65 Mt. Große Auswahl, nur gute, solide Arbeit unter Garantie. Jede extra
10% Rabatt
nur bis 10. Juli. Kein Laden, daher billige Preise.
Spezialgeschäft **R. Köhler,**
Schönenstraße 53 II.

Färberei D. Lasch.
Tadellose Bedienung und billige Preise.
Rabattmarken.

Christ. Oertel, Karlsruhe,



Kaiserstr. 101/103,
Manufakturwaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.
Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Stoppdecken, Wolldecken, Plüschdecken, Baumwoll- und Leinenwaren u. s. v.
: : Uebernahme : :
: : ganzer Aussteuer. : :
Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stilarten.
Billige Preise. Reelle Bedienung.
Kostenanschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

J.A. Krebs
Bankgeschäft
Freiburg i. Br.
am Münsterplatz.

Annahme verzinslicher Bar-Einlagen

mit und ohne Kündigungsfrist.
Eröffnung laufender Rechnungen und Krediterteilung nach besonderer Vereinbarung.
Eröffnung provisionsfreier Scheckrechnungen.

Eier! Eier!
Laden-Eröffnung.

Meiner werten Kundschaft, sowie verehrlichen Nachbarn zur gefl. Kenntnis, dass ich in meinem Hause, **Luisenstrasse 44,** ein
Eier-Spezialgeschäft
eingrichtet und **Montag, den 28. Juni,** eröffnet habe.
Mit der Zusicherung prompter, reeller Bedienung unter Garantie nur erstklassiger Waren bitte ich ergebenst, mir das bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.
Hochachtungsvoll
Christian Emmel, Eiergrosshandlung,
Luisenstrasse 44. **Telephon 1596.**



Flor Castona, Cigarrenhaus E.P. Hieke, Holl., **Karlsruhe i.B., Kaiserstr. 215.**

Bekanntmachung.

Nr. A. 4440. Die Wahl des III. Bürgermeisters betreffend.
Gemäß § 11 der Städteordnung und § 18 Abs. 2 der Städteverordnungsung wird Tagfahrt zur Vornahme der Wahl eines weiteren (3.) Bürgermeisters auf **Mittwoch, den 30. Juni d. J., von 12—1 Uhr mittags,** in den großen Rathensaal anberaumt.
Sämtliche Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden hiermit zu dieser Wahl eingeladen.
Die Wahlbarkeit zu dem Amte eines Bürgermeisters ist nicht durch das Stadtbürgerrecht bedingt. Vielmehr ist zu einem solchen Amte jeder im Vollbesitze der Rechtsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche, männliche, nicht im aktiven Militärdienste stehende Angehörige des deutschen Reiches wählbar, welcher das 26. Lebensjahr zurückgelegt hat. Die Wahl kann jedoch nur derjenige annehmen, welcher die bürgerliche Staatsangehörigkeit besitzt oder erwirbt. Mit der Annahme der Wahl erlangt der Erwählte das Stadtbürgerrecht (§ 13 St. O.)
Es können aber
1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staats über die Stadt ausgeübt wird,
2. die bediensteten Gemeindefunktionäre,
3. Geistliche und Volksschullehrer,
4. die bediensteten Richter, die Beamten der Staatsanwaltschaft und die Polizeibeamten,
die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie ihr Amt niederlegen (§ 12 Abs. 2 St. O.).
Karlsruhe, den 24. Juni 1909.
Der Stadtrat:
Siegrist. Lacher.

Friedrichsbad

136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannbad für Männer und Frauen

35 Pfennig

Samstags 40 Pfennig.

Syndikatfreies Kohlenkontor, Ludwigshafen a. Rh.

G. m. b. H.,
Telephon 2644, Abteilung Karlsruhe, Kontor
Karl Riess, Scheffelstraße 59,
Lager Westbahnhof, Heustraße.

Sommerpreise:

- Prima Anshofen I und II sorgfältig gestedt à Zentner M. 1.25
 - " Anshofen III " " " " " M. 1.20
 - " Bricketts " " " " " " M. 1.15
 - " Fettschrot " " " " " " M. 1.10
 - " Anstrajit " " " " " " M. 1.90
 - " Anthrazit-Eisformbricketts " " " " " " M. 1.40
 - " Ruhrunzfohlen " " " " " " M. 1.35
 - Anfeuerholz " " " " " " 2 Körbe M. 2.—
 - Schwarzenholz " " " " " " " " M. 1.50
- in besten Qualitäten, bei 5 Zentner-Abnahme frei vor's Haus.
Frei Keller per Zentner 5 S mehr, gegen bar.
Wir garantieren für volles Gewicht.

Dampf-Bettfedern-Reinigung

Karlsruhe-Mühlburg.
Sorgfältige, fachmännische Behandlung jedes Auftrages, daher höchster, von keiner Seite erreichter Reinigungsgrad. Absolute Garantie für Gewicht und Qualität des Federmaterials. Abholung und Rücklieferung kostenlos Wohnung.
Wilhelm Ruf, Tapezier- und Bettengeschäft,
Zedanstraße 6. Gegründet 1872.

Invaliden Geld-Lohe (Ziehung 4. September).

(Preis M. 1.—) Porto und Liste 20 Pfg., empfiehlt die Geschäftsstelle des „Badischer Beobachter“, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Federhandlung Mühlburg.

Großes Lager in Zohlfeder und Zohlnausrüstung, sowie Schuhmacher-Bedarfsartikeln.
Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b.

Alte Gebisse,

sowie alte Goldschmiedearbeiten
Carl Siede,
Kreuzstraße 17.

Estol Estol

feinste Kotosnuffblätter, mit Gutschmeinen für Geschenke, in 1/1 u. 1/2 Pfd. Tafeln, per Pfd. 65 Pfg. Bitte zu probieren.
Wilh. Wiessner,
9 Marienstrasse 9.
Rabattmarken d. N. Sp. Vereins.
NB. Bei größerem Bedarf er-suche gefl. Preis einzuholen, auch nach auswärts.

Wolfschlucht

Schönenstraße 10.
Jeden Dienstag
Schlachttag
Ludwig Müller.